

Menschenrechtslage in Tibet verbessern

(beschlossen am 25. April 2008 durch den 81. Landesparteitag)

I. Die FDP Hamburg stellt fest:

Seit Beginn der Proteste von Tibetern für die Durchsetzung ihrer religiösen und kulturellen Autonomierechte am 10. März 2008 sind die Augen der Öffentlichkeit auf das so genannte Dach der Welt gerichtet. Die gewaltsame Unterdrückung der tibetischen Demonstrationen vor den Olympischen Spielen in Peking im August 2008 hat der Lage der Tibeter neue Brisanz verliehen. Seit dem bewaffneten Volksaufstand der Tibeter von 1959 wurden ihre Proteste für religiöse und kulturelle Autonomierechte immer wieder im Keim erstickt. Trotz der Verankerung der Autonomie- und Minderheitenrechte der Tibeter in der chinesischen Verfassung, wird die tibetische Bevölkerung in der Ausübung ihrer kulturellen und religiösen Bräuche behindert. Ihre Rechte werden somit nicht in vollem Umfang umgesetzt. Insbesondere die Bildungschancen der tibetischen Bevölkerung sind noch immer deutlich zu schlecht. Um ihren Einfluss in der Region zu stärken, siedelt die chinesische Regierung zudem gezielt Han-Chinesen in den tibetischen Gebieten an.

Die FDP Hamburg hält Gespräche von Repräsentanten der staatlichen Organe Deutschlands mit dem Dalai Lama, der das Prinzip der Gewaltfreiheit zu einem seiner Leitgedanken gemacht hat, für richtig. Die aktuelle Lage in Tibet war auch Thema bei der Europareise des Dalai Lama im Jahr 2007, während der auch ein Treffen mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel stattfand. Bereits 1995 hatte der liberale Bundesaußenminister Dr. Klaus Kinkel als erstes Mitglied einer Bundesregierung das geistliche Oberhaupt der Tibeter zu einem Gespräch empfangen.

Die Olympischen Spiele sind ein Sportereignis. Das kann aber kein Grund sein, über Menschenrechtsverletzungen hinwegzusehen. Ein Boykott der Wettkämpfe würde die Sportler

treffen, ohne die Lage in Tibet zu verbessern. Die Spiele in Peking bieten gerade die Chance auf eine Verbesserung der Menschenrechtssituation unter dem Einfluss der Berichterstattung und einer breiten öffentlichen Aufmerksamkeit. Diese Chance muss von allen Beteiligten beherzt ergriffen werden. Deshalb sind politische Signale von Sportlern, dem IOC, Politikern, Journalisten, Sponsoren und nicht zuletzt auch von Besuchern, die sich auf die Menschenrechtsslage beziehen, zu begrüßen.

II. Die FDP Hamburg unterstützt einen konstruktiven Dialog zwischen der Bundesregierung und der Regierung der Volksrepublik China und fordert die Bundesregierung auf,

1. darauf hinzuwirken, dass die Regierung der Volksrepublik China einen Dialog mit dem Dalai Lama führt und dadurch auf eine Entschärfung der Lage in Tibet hinarbeitet;
2. sich dafür einzusetzen, dass die religiöse und kulturelle Autonomie Tibets als Bestandteil der Volksrepublik China anerkannt und vollständig umgesetzt wird, wie in der chinesischen Verfassung festgelegt;
3. darauf hinzuwirken, dass der Dalai Lama von der Regierung der VR China als religiöses und kulturelles Oberhaupt der Tibeter akzeptiert und ihm der Aufenthalt in China gestattet wird;
4. sich dafür einzusetzen, dass die bei den Unruhen festgenommenen Tibeter nach allgemein anerkannten Menschenrechtsgrundsätzen behandelt und Einschüchterungsmaßnahmen wie flächendeckende Hausdurchsuchungen unterlassen werden;
5. innerhalb des Rechtsstaats- und Menschenrechtsdialogs die Tibetfrage kontinuierlich anzusprechen;
6. bei den Regierungsgesprächen weiterhin mit Nachdruck die Problematik des verschwundenen tibetischen Panchen Lama (Gedhun Choekyi Nyima) anzusprechen und darauf zu drängen, dass die VR China eine den Vorschriften der tibetischen Religion entsprechende Nachfolge des Dalai Lama zulässt;

7. nach der Unterzeichnung auch auf die Ratifizierung des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (IPbPR) durch die VR China hinzuwirken;
8. darauf hinzuwirken, dass die Einschränkungen der Pressefreiheit für alle Journalisten aufgehoben werden und sich dafür einzusetzen, dass Journalisten, Berichterstatter und Diplomaten freien Zugang zur Autonomen Region Tibet und zu den Gebieten, in denen Tibeter beheimatet sind, erhalten;
9. sich dafür einzusetzen, dass während der Olympischen Spiele friedliche politische Äußerungen von Besuchern und Teilnehmern nicht behindert werden;
10. darauf hinzuwirken, dass die Olympischen Spiele wie 2001 vom Vizepräsidenten des Peking Organisationskomitees, Wang Wie, vor der Vergabe versprochen, dazu genutzt werden, die Menschenrechtsslage zu verbessern.
11. als Protestsignal gegen die Verletzung der Menschenrechte durch die Regierung der VR China keine Repräsentanten der Bundesrepublik auf Kosten der Steuerzahler zur Eröffnung der Olympischen Spielen fahren zu lassen.

III. Die FDP Hamburg fordert den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg auf,

1. keine Repräsentanten der Freien und Hansestadt Hamburg auf Kosten der Steuerzahler zur Eröffnung der Olympischen Spiele zu entsenden.
2. am 19. und 20. Juni 2008 aus Anlass der Ankunft der olympischen Flamme im tibetischen Lhasa durch das Hissen der Tibet-Flagge an öffentlichen Einrichtungen der Freien und Hansestadt Hamburg ein Zeichen der Solidarität mit den Tibetern zu setzen. Gemäß den Ziffern 6.3 sowie 6.7 der Anordnung über Wappen, Flaggen und Siegel der Freien und Hansestadt Hamburg vom 21. Juni 1982 ist die Beflaggung auch an Tagen, die nicht regelmäßige Beflaggungstage sind, sowie mit nicht-hoheitlichen Symbolen zulässig.
3. parallel zu den Eröffnungsfeiern der Olympischen Spiele in Peking in Hamburg ein Fest für Menschenrechte und Freiheit zu organisieren. Die FDP Hamburg vertritt die Meinung, dass

gerade Werte wie Freiheit und Menschenrechte für den Senat Anlass sein sollten, unsere Stadt der Welt zu präsentieren. Die Kosten dieses Festes sollten durch Sponsoren gedeckt werden, sodass keine Kosten für den Steuerzahler entstehen. Für dieses Fest soll der Senat umgehend die nötigen Vorbereitungen einleiten.

4. dem Dalai Lama die Ehrenbürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg für sein jahrzehntelanges friedliches Engagement für die religiöse und kulturelle Autonomie Tibets als Bestandteil der Volksrepublik China zu verleihen.